

Kameradschaft

Mitteilungsblatt

Aktiv



Jänner/Februar 2022 - Nr. 1/2

Aktuell – informativ – kritisch



**Der Präsidenten-
brief an die
Kameradschaften**

Seite 2

**Die gescholtene
Kriegsgeneration**

Seite 2-3

**Brennpunkte der
Weltpolitik: Ka-
sachstan- Unruhen**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den
Kameradschaften**

ab Seite 11

Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident
Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

Portugal hat Konteradmiral Henrique Gouveia e Melo als leitenden Covid-Koordinator eingesetzt, Italien General Francesco Figliuolo und Deutschland Generalmajor Carsten Breuer. Auch Österreich setzt nun mit Generalmajor Rudolf Striedinger und Katharina Reich als „Chief Medical Officer“ nach 21 Monaten der Pandemie auf eine Doppelspitze

mit militärischer Expertise. Für mich ist diese Entscheidung, die unter Bundeskanzler Karl Nehammer, dieser ist Leutnant der Reserve, getroffen wurde, ein längst überfälliger Schritt. Die bisherigen Monate der Pandemiemaßnahmen waren viel zu viel von politischen Interessen, Rücksichten und Versuchen, die Maßnahmen über die Medien verkaufen zu wollen, geprägt. Vieles, was notwendig gewesen wäre, blieb unerledigt oder erfolgte unter dem Druck der Ereignisse viel zu spät und war daher weitgehend wirkungslos. Es ist eigentlich unverständlich, dass dieser Schritt nicht schon viel früher erfolgt ist. Aber besser spät, als nie. Unverständlich sind für mich aber nun diejenigen Stimmen, die ob der Auftakt-Pressekonferenz von Katharina Reich und Generalmajor Rudolf Striedinger, welche dieser im neuen Bundesheertarnanzug absolvierte, von „Militarisierung“ oder gar „Krieg“ sprechen. Einige Leserbriefe in der

Kronenzeitung haben sich besonders hervorgetan. „Optisch sieht es wie ein Bericht aus einem totalitären Staat aus, der von der Armee regiert wird ...“, „... Krieg gegen die eigene Bevölkerung ...“, „...um Angst und Unsicherheit zu verbreiten...“ und so weiter und so fort. Vielleicht könnte es die Gemüter beruhigen, würden sie sich den Sachverhalt genauer ansehen. Die neue Tarnuniform des Bundesheeres wurde bereits im Jahr 2019 der Öffentlichkeit vorgestellt. Dies erfolgte unter Bundesminister Mario Kunaek. Beabsichtigt war und ist, das gesamte Bundesheer auf diese neue Uniform, die den Erfordernissen der Zeit entspricht, umzurüsten. Pro Jahr sollen ca. 3.000 – 4.000 Uniformen an die Truppe ausgegeben und diese Schritt für Schritt flächendeckend damit ausgestattet werden. Beispielsweise sind das Jägerbataillon 19 im Burgenland, das Jägerbataillon 18 in der Steiermark und das Panzergrenadierbataillon 13 in Ried

bereits mit dieser Uniform ausgestattet. Es handelt sich daher um den neuen Dienstanzug des Bundesheeres, nichts mehr und nichts weniger. Natürlich hätte Generalmajor Striedinger auch die Ausgangsuniform zur Pressekonferenz anziehen können. Vermutlich hätten dann einige witzige Zeitgeister bekrittelt, dass der General die Krisenbekämpfung rein optisch nicht ernst genug nimmt und sich für einen Spaziergang rüstet. Genau diesen Meldungen wollte der General entgegen treten. Die Lage ist ernst, sie erfordert treffsichere Beurteilung und ebensolches Handeln. Das wollte er wohl zum Ausdruck bringen! Wer ihm das vorwirft, der hat vermutlich ein grundsätzliches Problem mit Uniformen. Ich habe das nicht!

Euer
Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Sepp Kerschbaumer – eine Richtigstellung

Mit dem Ende des II. Weltkrieges hofften die Südtiroler auf eine Wiedervereinigung mit Österreich. Diese Hoffnung wurde mit dem Gruber-Degasperi-Abkommen 1946 enttäuscht und in den Folgejahren durch die Assimilierungspolitik Italiens in ihr Gegenteil verkehrt.

Gegen diese Politik formierte sich der Widerstand des „Befreiungsausschusses Südtirol“ (BAS), der sich ab 1956 in ersten Anschlägen gegen Energieversorgungseinrichtungen äußerte. Den Höhepunkt dieser Anschläge stellte die „Feuernacht“ am 11./12. Juni 1960 dar, als in einer groß angelegten Aktion zahlreiche Strommasten der italienischen Energieversorgungsunternehmen gesprengt wurden. Zentrales Ziel des BAS war es, mit

diesen Anschlägen, bei denen strikt auf die Vermeidung menschlicher Opfer geachtet wurde, auf die Situation Südtirols aufmerksam zu machen und einen Anschluss an Österreich zu erreichen. Es war der damalige Außenminister Dr. Bruno Kreisky, dem das Zitat zugeschrieben wird: „Auf ein paar Masten mehr oder weniger soll es nicht ankommen (...).“ Anlass dieser Aussage war ein Besuch der BAS-Leute mit Sepp Kerschbaumer an der Spitze im Privathaus Kreiskys, bei dem sie ihm ein Bruchstück des gesprengten Duce-Denkmal in Waidbruck überbracht haben.

Überliefert hat diese Begebenheit Verleger Fritz Molden, der den BAS ebenso wie Gerd Bacher, nachmaliger ORF-Generaldirektor, maßgeblich unterstützte. Sepp Kerschbaumer musste für seinen Einsatz um die Heimat

teuer bezahlen. Er wurde verhaftet, 1961 schwer gefoltert und verstarb 1964 im Gefängnis. Seinem Sarg folgten 30.000 Tiroler, darunter Landeshauptmann Dr. Silvius Magnago und fast alle Landtagsabgeordneten. Es ist daher verständlich, dass die Aussage des Bürgermeisters von Terlan in der Tageszeitung „Alto Adige“ vom 9. Jänner 2022 heftige Empörung hervorrief.

Bürgermeister Hansjörg Zelger sagte: „Die Terroristen bleiben Terroristen. Und Kerschbaumer kann nicht verklart werden.“ Der Südtiroler Heimatbund unter Obmann Roland Lang trat dem heftig entgegen und schrieb „(...) Mit Ihrer Äußerung, werter Herr Bürgermeister, haben Sie sicherlich auch die Gefühle einiger Familien in Terlan verletzt. (...) Damit Sie Ihre Geschichtskenntnisse

vertiefen können, darf ich Ihnen im Anhang an dieses Mail noch eine Dokumentation über das Leben des Sepp Kerschbaumer zur Verfügung stellen. Bitte verinnerlichen Sie, was dort zu lesen ist.“ - Verinnerlichen Sie, was dort zu lesen ist!

Silvius Magnago sagte am 8. April 1976: „Die Anschläge von damals und die darauffolgenden Prozesse gehören, genau, wie vieles andere, zur Nachkriegsgeschichte Südtirols und stellen einen bedeutenden Beitrag zu dieser Geschichte und zur Erreichung einer besseren Autonomie für Südtirol dar.“ Diese wurde mit den Aktivitäten des BAS und durch die Feuernacht 1961 miterkämpft.



Impfpflicht hin – Wehrpflicht her



Ein Kommentar von M. Gänsdorfer, Bgdr i.R. em. Gastprofessor am George C. Marshall European Center for Security Studies

Es gehen uns die Soldaten aus!

sogar in sogenannten „Sidelettern“ begründet, die dem Normalsterblichen verborgen bleiben.

Erinnert man sich an die beiden jüngsten Regierungserklärungen zum Thema militärische Landesverteidigung, so wurde uns eine Wiederherstellung der Verfassungskonformität in Aussicht gestellt. Bekanntlich gebietet unsere Bundesverfassung im Artikel 9a die auf die männlichen Staatsbürger beschränkte allgemeine Wehrpflicht. Weiters werden dort im Artikel 79 die Organisationsform und die Aufgaben für unser Bundesheer unmissverständlich normiert: „Es ist nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten“. Aus verschiedenen politischen und militärischen Systemen wurde abgeleitet, welche Grundsätze für die Ausrichtung unserer Armee relevant sind und welche nicht zutreffen dürfen. Dies geht aus einem siebenseitigen „Motivenbericht“ des Gesetzgebers hervor. Dass dies bis heute nicht vollzogen wurde, wäre durchaus einer näheren Untersuchung wert. Einer glaubhaften freilich!

Die militärische Wirklichkeit lässt nicht nur für kritische Betrachter eine getreuliche Vollziehung der gesetzlichen Vorgaben vermissen. Längst – spätestens seit Abschaffung der Truppenübungen als Teil der Wehrpflicht – wird dies nur noch von in der Sache Blinden nicht erkannt. Und es macht die Sache nicht besser, wenn „karrieregehorsame Gefolgsleute“ einer einstigen politischen Führung, die unser Bundesheer unter den Tarnbezeichnungen „tendenzielle Professionalisierung“ und „Militärbündnis“ als Berufsheer in die NATO führen wollten, immer noch von einer etwaigen Stabsfunktion am „Feldherrnhügel“ träumen

und die Realisierung eines gesetzeskonformen Zustands torpedieren.

In einer ganzen Reihe der vom Gesetzgeber festgelegten Gestaltungsmerkmale eines Milizsystems „österreichischer Prägung“ findet sich jenes der größtmöglichen Nutzung des Potenzials der Wehrpflichtigen. Gemäß Wehrgesetz betrifft dies alle männlichen Österreicher zwischen dem 17. und 50. Lebensjahr. Während im Jahr 2010 noch 32.000 Wehrpflichtige einrückten, waren es im Jahr 2020 nur noch 16.000 – nach zehn Jahren also halb so viele. Für die Organisation einer Milizarmee mehr als bedenklich, handelt es sich dabei um eine Soldatenmenge, die man vor zehn Jahren ausschließlich zur Erhaltung der Friedensorganisation benötigte. Und „wesensfremde“ Verwendungen von auszubildenden Rekruten (Anm.: bewaffnetes Fiebermessen, Einsätze in Supermärkten, Kontrollen von Gesundheitspapieren, Pistentreten u.v.a.m.) verhindern gar das Zustandekommen ganzer für die Einsatzorganisation notwendiger Ausbildungsblöcke bei dramatisch rückläufigen Einrückungszahlen. Ein Faktum, das durch noch so medienwirksame Beschaffungen (sich über Jahre hinwegziehende Beschaffung neuer Tarnanzüge oder den Ankauf von fünf mit Wasserstoff betriebenen Kfz) nicht beseitigt wird. Es wäre längst Gebot der Stunde, Abläufe und Inhalte in der Ausbildungsorganisation neu zu gestalten!

Die Gründe dafür sind mannigfaltig, liegen aber nicht wie man vermuten möchte in der demographischen Entwicklung. Ein wesentlicher Grund dafür ist in der Umsetzung des Gesetzes durch die Regierenden zu finden. Mit dem Entfall der Begründung, aus Gewis-

sensgründen keinen Wehrdienst leisten zu wollen, entschließen sich immer mehr Stellungspflichtige für einen Wehrrersatzdienst, dessen Rahmenbedingungen für viele attraktiver erscheinen, als die Unannehmlichkeiten des Militärdienstes. Möglichkeiten der Wahl des Ersatzdienstes, des Verwendungsortes, des Zeitr Rahmens, Kostenersatz für die Fahrt vom Wohn- zum Dienstort, Entschädigungszahlungen für Kost, geregelte Dienstzeit und weitere Annehmlichkeiten lassen so manchen Jungerwachsenen sein Gewissen entdecken. Da nimmt man schon gern ein paar Wochen längere Inanspruchnahme in Kauf.

Eine Fortsetzung dieses Zustands führt in absehbarer Zeit dazu, dass der Ersatz der Wehrpflicht zur Norm und der Dienst als Soldat zum Ersatz verkommt – eine widersinnige Umsetzung des Gesetzgebers, die man dem lateinischen Ursprung nach als Perversion (verdreht, verkehrt) bezeichnen kann.

In der jüngsten nicht nur pandemiebedingten Krise ist in manchen Medien die Forderung aufgetaucht, die im Parlament vertretenen Parteien mögen doch zusammenstehen und gemeinsam bzw. gar einstimmig die notwendigen Gesetze beschließen. Von manchem Politikbeobachter wurde dies nicht einmal als frommer Wunsch und als „denk unmöglich“ bezeichnet. Gerade in Sachen militärischer Landesverteidigung sei jedoch erinnert, dass die vorgenannten Bestimmungen in Sachen militärischer Landesverteidigung einstimmig erfolgt sind. Die Frage sei gestattet, wo hier die dem Gesetzgeber und den Medien zukommende Rolle der Kontrolle der Wehrpolitik auf der Strecke geblieben ist. MG

Zu deren Beeinflussung mit unschuldsvormutet illegalen Inseraten ist einiges öffentlich geworden. Es wird intensiv debattiert und von unserer „neuen Regierung“ überdacht. Als Bürger kann man nur hoffen, dass in Zukunft nicht nur geschrieben oder geseendet wird, was Regierende mit ihren Inseraten bewerben, sondern auch das öffentlich wird, was sie entgegen ihren Ankündigungen in Koalitionsverträgen bzw. Regierungserklärungen unterlassen. Möglicherweise



Brennpunkte der Weltpolitik: Kasachstan-Unruhen, Machtkampf und Putins Mehrwert



Schützenpanzer des russischen Kontingents. 10. Jänner 2022, Flughafen Almaty.

Kasachstan, das ist der neuntgrößte Flächenstaat der Erde, hat rund 18 Millionen Einwohner und verfügt über reiche Vorräte an Rohstoffen: Erdgas, Erdöl, Uran, Mangan, Kohle und Eisen. Kasachstan ist Österreichs wichtigster Öllieferant. Rund 38 Prozent der Rohölimporte Österreichs stammen aus Kasachstan. Bis 2020 förderte die OMV über die rumänische Tochtergesellschaft Petrom direkt Öl in diesem Land. Dazu kommen noch zahlreiche politische Kontakte mit Kasachstan. Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer war einer der Berater des früheren Machthabers Nursultan Nasarbajew, der sein Land am 16. Dezember 1991 in die Unabhängigkeit von der Sowjetunion führte. Nasarbajew führte sein Land bis 2019, als er als Präsident zurücktrat und diese Funktion seinem Nachfolger Tokajew übergab. Nasarbajew, der sich mit dem Titel „Jelbassy“ (Führer der Nation) schmücken ließ, behielt jedoch auf Lebenszeit die Funktion des Vorsitzenden des Sicherheitsrates und konnte so im Hintergrund weiter die Fäden ziehen. Auch wichtige Funktionen besetzte er mit Vertrauensleuten und Angehörigen seiner Familie. Die erste Amtshandlung von Nachfolger Kassym-Jomart Tokajew bestand darin, die Hauptstadt Astana nach

seinem Mentor in „Nursultan“ umzubenennen. Der 68-jährige Tokajew, Sohn eines Schriftstellers und einer Universitätsdozentin legte eine mustergültige Laufbahn in der Nomenklatura Kasachstans hin: Studium der Politikwissenschaften in Moskau, Diplomat an der sowjetischen Botschaft in Peking, Außenminister Kasachstans, Vizepremier, Ministerpräsident, auch Präsident des Tischtennisverbandes Kasachstans, Generaldirektor am UN-Sitz Kasachstans in Genf mit Zuständigkeit für Abrüstungsfragen.

Aufstand gegen Kleptokratie

Trotz dieser Musterkarriere blieb Tokajew farblos und wird von den Kasachen despektierlich nur „Inventar“ genannt. Warum Nasarbajew auf ihn und nicht auf seine Tochter Dariga Nasarbajewa - eine ausgebildete Opernsängerin - setzte, bleibt wohl das Geheimnis des „Jelbassy“ bzw. kann damit erklärt werden, dass Nasarbajew lieber darauf setzte, indirekt die Fäden zu ziehen und dies nicht allzu offensichtlich durch Angehörige seiner Familie. Im Land hatte sich bereits seit längerem Unzufriedenheit mit dem Regime aufgebaut. Diese Unzufriedenheit explodierte Anfang Jänner 2022. Auslöser

war die Erhöhung der Preise für Flüssiggas. Bisher hatte das Regime diese Preise gestützt und Flüssiggas, das in Kasachstan die Hauptquelle für Treibstoffe ist, billiger abgegeben. Zu Jahresbeginn wurde diese Preisstützung aufgehoben. Mit dem Ärger über den Preisschub vermischte sich die Wut über jahrzehntelange Vetternwirtschaft, Korruption und Unterdrückung, die schließlich zur Explosion führte. Die Bilder erinnerten an bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Sicherheitsbehörden reagierten äußerst brutal. „Ich habe den Sicherheitskräften und der Armee den Befehl erteilt, ohne Vorwarnung das Feuer zu eröffnen“, sagte Tokajew am 7. Jänner. US-Außenminister Antony Blinken verurteilte das gegenüber CNN: „Wenn das die nationale Politik ist, dann verurteile ich diese Politik.“

Die Behörden in Kasachstan müssten Recht und Ordnung schützen, zugleich aber auch sicherstellen, dass die Rechte der friedlich Protestierenden geschützt würden. Bereits am Abend des 5. Jänner 2022 hatte Tokajew die OVKS (Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit) auf Basis des Artikels 4 dieses Vertrages zu Hilfe gerufen. Er machte „Internationale Terroristenbanden“, die im Ausland ausgebildet worden seien, für die Eskalation verantwortlich und sah folglich die territoriale Integrität und Souveränität Kasachstans bedroht. Die OVKS, unter der Federführung Russlands, reagierte umgehend: Russland schickte 3.000 Soldaten, Belarus 500, Tadschikistan 200, Armenien 70 und Kirgisistan 150. Befehlshaber der russischen Verbände war übrigens General Andrej Serdjukow, welcher die Sonderverbände im Februar und März 2014 beim Anschluss der Krim kommandiert hatte. Auch Chinas Präsident Xi Jinping stärkte Tokajew den Rücken.

Machtkampf stärkt Moskau

Tokajews Hilferuf an Moskau ist insofern erstaunlich, als Kasachstan seit seiner Unabhängigkeit strikt auf Äquidistanz zu China, Russland und der EU bedacht war. Vermutlich hatte Tokajew Zweifel an der Loyalität seiner Sicherheitskräfte. Dies wohl vor allem deshalb, weil Tokajew die Proteste, die möglicherweise von Nasarbajew selbst eskaliert wurden, nutzte, um seine Macht auszubauen: Nasarbajew wurde als Vorsitzender des Sicherheitsrates abgesetzt, Regierungschef Askar Mamin wurde durch Alikhan Smailov, einen Gefolgsmann Tokajews, ersetzt und Karim Masimov, Leiter des Nationalen Sicherheitskomitees des kasachischen Inlandsnachrichtendienstes, wurde entlassen.

Tokajew dürfte diese Runde für sich entschieden haben. Am 18. Jänner meldete sich Nursultan Nasarbajew in einer Online-Botschaft zu Wort und sagte, es gebe „keinen Konflikt und keine Auseinandersetzung in der Elite“. Dies kann dahin verstanden werden, dass es hinter den Kulissen eine Lösung gab, die seiner Familie mindestens einen Teil des riesigen Vermögens belässt und sein Andenken wahrt. Zu den Siegern dieser Causa gehört unzweifelhaft Wladimir Putin, der seine Präsenz als Sicherheitsgarant in Kasachstan ausbauen konnte. Die bisherige ausgewogene Außenpolitik des Landes zwischen Russland, China und dem Westen dürfte damit der Vergangenheit angehören. Jede politische Elitegruppe in Kasachstan wird in Zukunft die Interessen Moskaus berücksichtigen müssen.

Abgeschlossen 20.1.2022